



© Noel Ford

DAS HUNGER-GETREIDE

Der Kampf hat begonnen. Es ist an der Zeit, die Biokraftstoffvorgaben der EU abzuschaffen.

SPERRFRIST BIS 00:01 GMT AM MONTAG, 17. SEPTEMBER 2012

Die Vorgaben der EU zum Einsatz von Biokraftstoffen sind eine Subventionierung von Großunternehmen, die bis zum Jahr 2020 jeden Erwachsenen pro Jahr etwa 30 Euro kosten könnte. Gleichzeitig werden Millionen von Menschen durch sie um Nahrungsmittel, Land und Wasser gebracht. Länder, in denen Landrechte wenig Schutz genießen, ziehen den Handel mit Landflächen wie Magnete an – in den meisten Fällen um dort Pflanzen anzubauen, die als Biokraftstoffe eingesetzt werden können. Hätte man das Land, das 2008 zur Herstellung von Biokraftstoffen für die EU verwendet wurde, stattdessen zum Anbau von Weizen und Mais genutzt, hätte man 127 Millionen Menschen ein ganzes Jahr lang davon ernähren können. Es ist inakzeptabel, dass wir Nahrungsmittel in unsere Benzintanks packen, während Familien hungern. Die Regierungen der EU haben es in ihrer Hand, das Leben von Millionen hungernder Menschen zu verändern. Es ist an der Zeit, die Biokraftstoffvorgaben der EU abzuschaffen.

ZUSAMMENFASSUNG

Im Jahr 2009 haben sich die Regierungen der EU dazu verpflichtet, zehn Prozent ihres Energiebedarfs im Verkehrssektor bis 2020 aus erneuerbaren Quellen zu beziehen. Sie sind dabei, dieses Ziel fast ausschließlich mithilfe von Biokraftstoffen zu erreichen, die aus Nahrungsmittelpflanzen gewonnen werden. Durch die Einführung einer entsprechenden Vorgabe stützen die europäischen Regierungen mächtige Industrie- und Agrarlobbys, ohne einen einzigen Cent aus ihren Staatshaushalten dafür aufwenden zu müssen. Mit dem Abbau direkter Subventionen und Steuerbefreiungen gehen die Kosten zunehmend zu Lasten der Verbraucher/innen. In Großbritannien werden Biokraftstoffvorgaben zum Beispiel bis zum Jahr 2020 Verbraucher/innen jedes Jahr zusätzlich zwischen einer und zwei Milliarden. Pfund kosten – das sind für jeden Erwachsenen ungefähr 35 Pfund (43 Euro). Deutsche Verbraucher/innen werden zwischen 1,37 Mrd. und 2,15 Mrd. Euro zusätzlich aufbringen müssen – bis zu 30 Euro pro Erwachsenen.

Die Regierungen der EU haben Subventionen aus der Staatskasse durch Subventionen ersetzt, die die Verbraucher/innen direkt an die Großunternehmen bezahlt, oft ohne davon überhaupt Kenntnis zu haben.

Es wird oft behauptet, Biokraftstoffe wären sinnvoll, weil sie einen Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel leisteten. Indem sie fossile Brennstoffe ersetzen, sollen sie den Verkehrssektor angeblich „ökologischer“ machen. Tatsache ist aber, dass manche Biokraftstoffe noch schlimmer sind als fossile Brennstoffe. Durch den Anbau von Lebensmittelpflanzen für die Erzeugung von Biokraftstoffen werden andere landwirtschaftlichen Produktionsbereiche in „Kohlenstoffsinken“ verlagert, also in Wälder, Torfgebiete und Grasland – Gebiete, die allesamt Treibhausgase aus der Luft entfernen, solange man sie nicht pflügt.

Modellberechnungen haben gezeigt, dass das Pflügen von Kohlenstoffsinken zur Erfüllung der EU-Biokraftstoffvorgaben genauso umweltschädlich sein könnte, wie zusätzliche 26 Millionen Autos auf Europas Straßen.

Außerdem haben die Biokraftstoffvorgaben der EU verheerende Auswirkungen auf Millionen von Menschen auf der ganzen Welt. Die überwältigende Mehrheit der Studien zu den Auswirkungen einer großangelegten Biokraftstoffproduktion belegt übereinstimmend, dass deren Vorteile lediglich einer kleinen Elite zugutekommen. Studien in Indonesien kommen zu dem Ergebnis: „Es gibt einige Gewinner, aber viele Verlierer.“

In den letzten fünf Jahren ist es bei den Lebensmittelpreisen zweimal zu Rekordspitzen gekommen. Und die Preise steigen gerade erneut. Mais und Soja erreichten im Sommer 2012 einen neuen Rekordpreis. Die Hinweise dafür, dass die Biokraftstoffpolitik zu den jüngsten Spitzen bei den internationalen Lebensmittelpreisen beigetragen haben, sind so zwingend, dass zehn internationale Organisationen – darunter der IWF und die Weltbank – 2011 einen beispiellosen Appell an die G20-Regierungen richteten, Biokraftstoffvorgaben und -subventionen abzuschaffen.

Allein die Biokraftstoffvorgaben der EU könnten bis zum Jahr 2020 den Preis einiger Nahrungsmittel um bis zu 36 Prozent in die Höhe treiben. Für Millionen von Menschen

bedeutet das Hunger und Unterernährung, vor allem in Ländern wie dem Jemen, die den Großteil ihrer Lebensmittel importieren

Da in der EU viel mehr Dieselkraftstoff als Benzin verbraucht wird, haben die Biokraftstoffvorgaben der EU besonders große Auswirkungen auf den Preis von Nutzpflanzen wie Soja und Palmöl, die zur Herstellung von Biodiesel verwendet werden. Dies treibt den Einzelhandelspreis für Speiseöl in importierenden Ländern wie Haiti und exportierenden Ländern wie Indonesien in die Höhe. Selbst in Regionen, die einigermaßen von internationalen Märkten isoliert sind, wie Afrika südlich der Sahara, führt der durch die Biokraftstoffproduktion geschürte Landerwerb dazu, dass immer weniger Land zur Verfügung steht. Dieses Land fehlt um die dortigen Grundnahrungsmittel, sowie Obst und Gemüse anzubauen. Eltern haben es deshalb schwer, ihren Kindern gesunde, nährstoffreiche Mahlzeiten zu bieten.

Flexible Biokraftstoffvorgaben, bzw. Vorgaben, die bei drohenden Lebensmittelpreisspitzen ausgesetzt werden, sind keine Lösung. Selbst wenn diese Preisspitzen auf den internationale Märkten abschwächen könnten, bleibt das eigentliche Problem unberührt: dass unsere begrenzten Land-, Wasser- und Bodenressourcen zum Anbau von Pflanzen für die Biokraftstoffproduktion genutzt werden, statt für den Anbau dringend benötigter Lebensmittel.

Jüngste Hinweise deuten darauf, dass zwei Drittel der großen Landerwerbe der vergangenen zehn Jahre zum Anbau von Pflanzen wie Soja, Zuckerrohr, Palmöl und Jatropha (tropisches Wolfsmilchgewächs) getätigt wurden. Pflanzen, die zur Herstellung von Biokraftstoffen verwendet werden können. Aufgrund des kommerziellen Anreizes, die EU-Biokraftstoffvorgaben bis zum Jahr 2020 zu erfüllen, muss das für Biokraftstoffe benötigte Land möglichst schnell erworben werden. Daher handelt es sich bei vielen Landankäufen für die Biokraftstoffproduktion eigentlich um „Landraub“, der ohne die Zustimmung der betroffenen Gemeinden stattfindet.

Für eine Plantage in Ghana wurden 69 Familien ungefragt und ohne jegliche Entschädigung von ihrem Land vertreiben, und 1.500 weitere Familien könnten ihr Land noch verlieren, falls sich die Plantage wie geplant entwickelt. Studien in Mosambik und Indonesien zeigen, dass Frauen am seltensten beim Landerwerb für die Biokraftstoffproduktion gefragt werden, obwohl sie oft am schwersten davon betroffen sind. Indonesien ist eine der Hauptquellen der EU für Biodiesel, und die aufkeimende Biokraftstoffindustrie Mosambik und Ghanas ist eng mit dem EU-Markt verbunden.

Die Biokraftstoffproduktion hat erhebliche Auswirkungen auf die Umweltressourcen, auf die viele Menschen in Entwicklungsländern angewiesen sind. Ein Bauer, der in Guatemala zwischen Plantagen lebt, auf denen Zuckerrohr für den Export angebaut wird, erklärt zum Beispiel, „die Unternehmen haben uns das Wasser geraubt“. Eine Gemeinde in Paraguay muss ihre Brunnen inzwischen doppelt so tief bohren, um an trinkbares Wasser zu kommen, weil Sojaplantagen die örtlichen Wasservorräte aufbrauchen. Den sinkenden Grundwasserspiegel erreichen sie erst nach 20 Metern; vor der Ankunft der Plantagen waren es im Vergleich durchschnittlich zehn Meter. Das meiste in Guatemala aus Zuckerrohr hergestellte Äthanol wird für die Biokraftstoffnachfrage der EU benötigt, und wahrscheinlich landet der Großteil des in Paraguay angebauten Sojas ebenfalls in EU-Kraftstofftanks.

Ein Teil der Lösung für die Probleme der Biokraftstoffproduktion liegt bei den Landesregierungen. Viele Regierungen müssten wesentlich mehr unternehmen, um Landraub zu unterbinden und dafür zu sorgen, dass Investoren im Interesse der

Einheimischen handeln. Aber selbst jene Regierungen, die sich dem Schutz ihrer Einwohner verschreiben, haben angesichts der durch die Vorgaben angefachten Ausweitung der Biokraftstoffindustrie keine Chance. Fortschrittliche Biokraftstoffe, Nachhaltigkeitskriterien und die Kritik an der Regierungsführung in Entwicklungsländern lenken allesamt nur davon ab, dass EU-Regierungen es in der Hand haben, das Leben Millionen hungernder Menschen entscheidend zu verändern. Es ist vollkommen inakzeptabel, dass wir in unseren Benzintanks Lebensmittel verbrennen, während arme Familien hungern und Millionen von ihrem Land vertrieben werden. Der Kampf hat begonnen: es ist an der Zeit, die Vorgaben abzuschaffen.

EMPFEHLUNGEN

- Die EU-Regierungen sollten die nationalen Biokraftstoffvorgaben abschaffen.
- Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Regierungen der EU sollten die EU-Richtlinie über Erneuerbare Energien aus dem Jahr 2009 überarbeiten und
 - das verbindliche Ziel streichen, bis zum Jahr 2020 im Verkehrssektor zehn Prozent erneuerbare Energien zu nutzen;
 - sämtliche bei Biokraftstoffen anfallenden Treibhausgas-emissionen berücksichtigen, indem auch die Emissionen aufgrund indirekter Veränderungen der Landnutzung in die Berechnung einfließen; und
 - verbindliche soziale Nachhaltigkeitskriterien für die Biokraftstoffproduktion einführen, welche die Sicherung der Lebensmittelversorgung, des Zugangs zu Land und Wasser und der Menschenrechte, sowie das Prinzip der freiwilligen, vorherigen und informierten Zustimmung durch alle von Landerwerbsgeschäften betroffenen Gemeinschaften vorsehen.
- Die EU-Strategie für erneuerbare Energien nach 2020 sollte die negativen Auswirkungen der aktuellen Biokraftstoffpolitik auf Ernährungssicherheit und Zugang zu Land in Entwicklungsländern berücksichtigen. Ehrgeizige Ziele für die allgemeine Nutzung erneuerbarer Energien sind zwar ein wichtiger Teil der Förderung nachhaltiger erneuerbarer Energien, doch sollten für den Verkehrssektor keine neuen Zielvorgaben festgelegt werden.
- Die Regierungen der EU sollten andere G20-Länder dazu drängen, Biokraftstoffvorgaben und -subventionen abzuschaffen.

ANHANG

Im Jahr 2008, als Biokraftstoffe 3,5 Prozent der in der EU im Verkehrssektor eingesetzten Kraftstoffe ausmachten, schätzte eine von der EU in Auftrag gegebene Studie, dass etwa 70.000 Quadratkilometer Agrarfläche erforderlich wären, um diesen Bedarf durch den Anbau von Nutzpflanzen zu decken. Anhand der sehr unvollständigen Daten, die damals zur Verfügung standen, lag schätzungsweise etwa die Hälfte davon außerhalb der EU. Hätte man diese Gesamtfläche stattdessen zum Anbau von Weizen und Mais genutzt, hätte man 127 Millionen Menschen ein Jahr lang davon ernähren können.

Diese anhand der folgenden Tabellen angestellte Berechnung beruht auf der Gesamtfläche in Hektar, die nach Schätzung von ECOFYS (Beratungsunternehmen Erneuerbare Energien) in verschiedenen Ländern im Jahr 2008 zur Herstellung von Biokraftstoffen für den EU-Markt genutzt wurde (siehe **Tabelle 1**). Sie geht davon aus, dass Weißmais auf Flächen angepflanzt werden kann, die für Ölpalmen und Zuckerrohr verwendet werden, und das Weizen auf Flächen angebaut werden kann, die für Soja, Raps, Gelbmais und Zuckerrüben genutzt werden. Anhand der Annahmen von ECOFYS und der Daten der FAO (UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation) wurde die Gesamtmenge an Mais und Weizen, die auf diesen Flächen angebaut werden könnte, wie folgt berechnet:

- Die Menge an Weizen und Mais, die auf für Biokraftstoffe genutzten Flächen angebaut werden könnte, wurde für jedes Herstellerland getrennt und für die EU insgesamt berechnet (**Tabelle 2**, Anzahl der kg auf verfügbaren Ha). Dies erfolgte anhand des durchschnittlichen Ertrages des jeweiligen Herstellerlandes im Jahr 2008 (**Tabelle 2**, kg/Ha), sowie der von ECOFYS geschätzten Fläche, die im jeweiligen Land im Jahr 2008 für den Anbau von Pflanzen für EU-Biokraftstoffe genutzt wurde (**Tabelle 2**, Biokraftstoff Ha).
- Der Energiegehalt der im Jahr 2008 anfallenden Weizen- und Maisernten (**Tabelle 2**, kcal/kg) wurde berechnet, indem die im Jahr 2008 verfügbaren kcal pro Kopf (nach Pflanzensorte und Land getrennt) durch die im Jahr 2008 erzeugten kg pro Kopf (nach Pflanzensorte und Land getrennt) geteilt wurden. Dadurch wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die in der Pflanze bei der Ernte enthaltene Energie nach der Verarbeitung nicht vollständig auch als Energiegehalt der Nahrungsmittel zur Verfügung steht.
- Die Anzahl der kcal, die auf den für Biokraftstoffe genutzten Flächen erzeugt werden könnte (**Tabelle 2**, kcal/Biokraftstoff Ha) wurde durch einen Vergleich der Weizen- bzw. Maismenge berechnet, die man auf dem 2008 für Biokraftstoffe genutzten Flächen hätte anbauen können (**Tabelle 2**, kg auf verfügbaren Ha), sowie der Anzahl der Kalorien pro kg Weizen bzw. Mais im Jahr 2008 (**Tabelle 2**, kcal/kg).
- Die Anzahl der Menschen, die man mit Weizen bzw. Mais von Flächen, die stattdessen für Biokraftstoffe genutzt wurden, hätte ernähren können (**Tabelle 2**, ernährte Menschen/Jahr) wurde anhand der Annahme berechnet, dass ein Mensch laut dem durchschnittlichen Mindestenergiebedarf der FAO täglich 1.800 kcal benötigt.ⁱ

Tabelle 1: Landfläche, die für den Anbau von Pflanzen für die Erzeugung der 2008 in der EU verbrauchten Biokraftstoffe verwendet wurde.

Biokraftstoffe kHa in 2008	Argentinien	Bolivien	Brasilien	Äthiopien	Guatemala	USA	Indonesien	Malaysia	Pakistan	Peru	Ukraine	EU	GESAMT
Zuckerrohr		11	91	0,1	3				16	2,5			123,6
Ölpalme			0,2				190	98					288,2
Mais						0,3							0,3
Raps											366	3171	3537
Weizen												360	360
Zuckerrübe										0,3		131	131,3
Soja	542	1,2	782			1270							2595,2
GESAMT													7035,6

Quelle: ECOFYS, 2012

Tabelle 2: Lebensmittelmenge, die auf der Fläche angebaut werden könnte, die 2008 zur Erzeugung von Biokraftstoffen für die EU genutzt wurde

Weizen, 2008	kg/Ha	kcal/Kopf/T ag	kg/Kopf /Jahr	kcal/kg	Biokraftstoff	Biokraftstoff Ha	kcal/Biokraftstoffe	Personen/Ja
Argentinien	1.963	694	94	2695	542000	1063819172	2866766324035	4363419
Bolivien	1.293	398	53,8	2700	1200	1551733	4189968066	6377
Brasilien	2.550	386	53,7	2624	782000	1993838812	5231135013458	7962154
Ukraine	3.670	870	111,9	2838	366300	1344252868	3814722951715	5806275
USA	3.017	614	83	2700	1270300	3833087060	10349796879178	15753115
EU	5.674	775	103,6	2730	3662000	20777536164	56732099830034	86350228
DURCHSCHNITT	3.028			2714				
WEIZEN GESAMT					6623800			120241569

Mais, 2008	kg/Ha	kcal/Kopf/T ag	kg/Kopf /Jahr	kcal/kg	Biokraftstoff	kg auf Biokraftstoff Ha	kcal/Biokraftstoffe	Personen/Ja
Bolivien	2.312	275	36,9	2720	11000	25432264	69180582629	105298
Brasilien	4.080	214	25	3124	91200	372091805	1162563634917	1769503
Äthiopien	2.137	412	43,6	3449	100	213673	736976854	1122
Guatemala	2.276	800	85,1	3431	3000	6827037	23425320846	35655
Indonesien	4.078	255	37,7	2469	190000	774744190	1912713938574	2911285
Malaysia	5.219	65	8,1	2929	98000	511477778	1498124726302	2280251
Pakistan	3.415	73	8,2	3249	16000	54646384	177567427034	270270
Peru	2.967	182	19,2	3460	2500	7418253	25666380915	39066
DURCHSCHNITT	3.310			3.104				
MAIS GESAMT					411800			7412449

SUMME GESAMT								127654018
---------------------	--	--	--	--	--	--	--	------------------

Quelle: FAOSTAT und ECOFYS, 2012

ⁱ See further the FAO Hunger Portal: <http://www.fao.org/hunger/en/>